

Vorwort

Hans-Jürgen Urban

Seit geraumer Zeit befinden sich die Gewerkschaften in den Gesellschaften des entwickelten Kapitalismus in der Defensive. Dies gilt für die Vereinigten Staaten von Amerika wie für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und mithin auch für das wiedervereinigte Deutschland. Auch wenn Ursachen, Reichweite und Überwindungschancen der Defensive unterschiedlich eingeschätzt werden, so hat sich in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion ein Konsens dahingehend herausgebildet, dass die Gewerkschaften im Übergang vom national organisierten Wohlfahrtsstaats-Kapitalismus zum transnationalen Finanzmarktkapitalismus einen substantiellen Bedeutungs- und Einflussverlust erfahren haben.

Diese Einschätzung kann sich auf wissenschaftlich vielfach belegte und politisch intensiv diskutierte Indikatoren stützen. Die Erosion der gewerkschaftlichen Verankerung in den Betrieben, der Rückgang gewerkschaftlicher Verhandlungs- und Verteilungsmacht in den Arenen der Betriebs- und Tarifpolitik, die Verluste an Mitgliedern und finanziellen Ressourcen und nicht zuletzt der Anerkennungspolitische Ausschluss der Gewerkschaften aus den korporatistischen Funktionseliten – alle diese Entwicklungen werden benannt, wenn von einem säkularen Machtverlust oder einem historischen Niedergang der Gewerkschaften die Rede ist. Selbst durchaus gewerkschaftsfreundlich gesinnte Autoren lassen diese Entwicklungstrends mitunter im Negativszenario eines „Kapitalismus ohne Gewerkschaften“ (Walter Müller-Jentsch) zusammenfließen oder formulieren politische Streitschriften mit dem provokativen Titel „Wozu noch Gewerkschaften?“ (Oskar Negt). Kurzum, die allgemeine Zeitdiagnose lautet: Es steht nicht gut um die Gewerkschaften!

Doch wie so oft verweigert sich die komplexe Realität auch diesmal allzu gradlinigen und deterministischen Prognosen. Neben den Phänomenen der gewerkschaftlichen Schwächung hält die soziale Wirklichkeit auch das Gegenteil bereit. Seit geraumer Zeit wird in den Medien immer öfter auch über neue Lebenszeichen der Gewerkschaften berichtet. Mehr noch: Vor allem in der amerikanischen und britischen Sozialwissenschaft kann auf eine ansehnliche Zahl von Studien verwiesen werden, die sich mit empirisch zu konstatierenden Ambitionen und Praxen einer gewerkschaftlichen Erneuerung beschäftigen. Offensichtlich war die Prognose des säkularen gewerkschaftlichen Niedergangs beim

Übergang in den neuen Kapitalismus vorschnell, geht die Zuspitzung sozialer Konflikte und politischer Kämpfe mit Elementen einer Erneuerung gewerkschaftlicher Interessenpolitik einher. In lokalen Kämpfen um den Erhalt von Standorten, Arbeitsplätzen und Sozialstandards lässt sich mitunter eine neue Militanz diagnostizieren; in politischen Konflikten um die Verteilung der Produktivitätszuwächse können die Gewerkschaften den Niedergang der Verteilungsposition der Lohnabhängigen stoppen. Und gewerkschaftliche Mobilisierungserfolge in Konflikten um die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme oder die Ausgestaltung der Europäischen Union deuten auf eine gewisse Regeneration gewerkschaftlicher Verhandlungs- und Organisationsmacht hin. Es sind diese Indikatoren einer gewerkschaftlichen Revitalisierung, welche auch eine Zeitdiagnose zuließen, die lautet: Die Gewerkschaften melden sich zurück!

Die Lage ist unübersichtlich, einige Fragen drängen sich auf: Dauert die gewerkschaftliche Defensive an, unterminieren die strukturellen Veränderungen im Übergang zur neuen Kapitalismusformation vielleicht leiser, aber doch systematisch die Grundlagen gewerkschaftlicher Verhandlungs- und Organisationsmacht? Sind die aufflackernden Lebenszeichen gewerkschaftlicher Gegenwehr lediglich temporäre Unterbrechungen eines säkularen Niedergangsprozesses? Oder gewinnen die Gewerkschaften langsam aber stetig machtpolitischen Boden unter die organisationspolitischen Füße zurück? Entwickeln sie die strategischen Kapazitäten, um die strukturellen Veränderungen in der ökonomischen und sozialen Umwelt erfolgreich zu bearbeiten? Stehen wir gar am Beginn einer sukzessiven Überwindung der gewerkschaftlichen Defensive?

Evident ist: Der Hinweis auf die Indizien einer gewerkschaftlichen Erholung sollte nicht in einer vorschnellen Überinterpretation aktueller Revitalisierungserfolge enden. Das Ende einer strukturellen Defensive lässt sich nicht einfach ausrufen, auch nicht im Falle der Gewerkschaften. Es kann realistischerweise nur über den Weg mühseliger, analytischer und politisch-strategischer Anstrengungen erreicht werden, und hier stehen die Gewerkschaften bestenfalls am Anfang. Ob sich die gegenwärtigen Teilerfolge als Vorboten einer nachhaltigen Revitalisierung erweisen werden, ist ungewiss. Zu umfassend sind die anstehenden Strukturprobleme und zu fragil sind die bisherigen Erfolge.

Belastbare Erkenntnisse über die reale Entwicklung lassen sich letztlich nicht ohne theoretische, vor allem aber empirische Forschungsanstrengungen gewinnen. Doch wer mit diesem Ansinnen bei der deutschen Sozialwissenschaft vorstellig wird, wird dies ohne durchschlagenden Erfolg tun. Zunächst stößt ein solches Anliegen auf die Schwierigkeit, eine hinreichende Anzahl gehaltvoller Studien über die Entwicklung der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Umbruchperiode zu finden. Offenbar hat der gesellschaftliche Bedeutungsverlust der Gewerkschaften auch ihre Attraktivität als Forschungsgegenstand schwinden

lassen. Nicht, dass in der Arbeitssoziologie, der Industriellen Beziehungen-Forschung, der Sozialgeschichtsschreibung oder der politikwissenschaftlichen Korporatismus-Forschung keine Studien über die Gewerkschaften mehr zu finden wären. Doch auch ein Blick in diese erweckt den Eindruck, als habe sich die deutsche Gewerkschaftsforschung recht behaglich in ihrer Krisenperspektive eingerichtet. Jedenfalls scheint die Zufriedenheit mit den diversen Niedergangsprognosen hoch und die Bereitschaft, sich mit den gegenwärtigen Ambitionen und Praktiken gewerkschaftlicher Erneuerung zu beschäftigen, eher gering.

An dieser Diskrepanz zwischen einer widersprüchlichen Realität und einer doch stark in ihrem Krisenparadigma befangenen Gewerkschaftsforschung setzt die vorliegende Studie an. Einem Anfangskapitel über Ursachen und Ausmaß dessen, was als „Krise gewerkschaftlicher Repräsentation“ bezeichnet wird, folgen eine Skizze neuerer Forschungsansätze in der internationalen Gewerkschaftsforschung (labor revitalization studies) sowie Analysen über das in den angelsächsischen Staaten entwickelte „organizing“-Konzept und Überlegungen zur Übertragbarkeit internationaler Erfahrungen auf die Gewerkschaften in Deutschland. Den Abschluss bilden Vorschläge für ein neues Forschungsprogramm unter dem Titel „strategic unionism“.

Mit Blick auf die Situation in der deutschen Sozialwissenschaft kommt die Argumentation zu einer klar formulierten Einschätzung:

„Es gibt hierzulande bislang keine gezielte intellektuelle Orientierung an, aber auch keine systematische Förderung und Unterstützung von wissenschaftlichen Suchstrategien, die ähnlich dem Anliegen der labor revitalization studies innovative Praktiken der Gewerkschaftserneuerung ins Zentrum der Analyse rücken.“

Auf der Grundlage dieser Defizitanalyse wird der Appell für eine Neuorientierung der deutschen Gewerkschaftsforschung formuliert:

„Wir plädieren dafür, eine Forschung zu ‚strategic choice‘ zu etablieren. Ohne die akute Krise gewerkschaftlicher Repräsentation und deren Ursachen zu ignorieren, sollte vorsichtig zugunsten von Forschungen umgesteuert werden, die anhand innovativer Praktiken Erneuerungspotenziale von Gewerkschaften ausloten.“

Ob dieses Plädoyer als Aufruf zu einem generellen forschungsstrategischen Perspektivenwechsel gemeint ist, oder ob es als Aufforderung zur Etablierung eines neuen, zusätzlichen Zweiges in der Gewerkschaftsforschung verstanden wird – in beiden Fällen könnte es dazu geeignet sein, frischen Wind in die wissenschaftliche Beschäftigung mit den Gewerkschaften zu bringen.

Eine ähnlich fundierte, insbesondere die internationale Debatte rezipierende Überblicksdarstellung in Sachen Gewerkschaftsforschung lag bisher nicht vor

und stellt bereits wegen ihres hohen Informationsgehalts ein ausgesprochen verdienstvolles Unterfangen dar. Eine solche positive Gesamteinschätzung zwingt keineswegs zu kritischer Enthaltensamkeit gegenüber Einzelpassagen der Studie. So sind einige Begriffsbestimmungen und Versuche, Sichtweisen und strategische Ansätze aus anderen Ländern auf die deutschen Bedingungen zu übertragen, durchaus kritisch zu diskutieren. Drei kurze Anmerkungen dazu:

1. Die AutorInnen unterwerfen sich aus forschungspragmatischen Gründen der Selbstbeschränkung, ihre Aufmerksamkeit trotz der empirischen Vielfalt gewerkschaftlicher Revitalisierungsstrategien auf das praktizierte „organizing“-Konzept zu konzentrieren. Doch zugleich fassen sie den organizing-Begriff so weit, dass die Unterschiede zwischen organisationspolitischen Strategien und Aktivitäten in der gewerkschaftlichen Betriebs-, Tarif- und Gesellschaftspolitik verschwimmen und die Spezifika der „organizing“-Strategie verloren zu gehen drohen.
2. Zugleich kann die Studie an einigen Stellen Ungereimtheiten nicht vermeiden. So wird zu Recht herausgearbeitet, dass der sehr beliebte Slogan „mehr Bewegungscharakter und mehr Basisorientierung bitte“ als Patentrezept zu kurz greift und höhere Erfolgchancen jenen Strategieansätzen innewohnen, die auf neue Formen der Kombination von partizipativen und repräsentativen, von basisorientierten und institutionenstabilisierten Ansätzen setzen. Dennoch sind weite Passagen der Studie, vor allem zwischen den Zeilen, von einer mitunter etwas überschwänglichen Wertschätzung für Strategien einer permanenten Basismobilisierung und -bewegung geprägt. Nicht, dass die Hervorhebung der Revitalisierungspotenziale von Mitgliederaktivierung und Bewegungsorientierung fehl am Platze wäre. Die Ausführungen über den „social movement unionism“, wie er sich vor allem außerhalb Europas als neues bewegungsorientiertes Strategieverständnis von Gewerkschaften Geltung verschafft hat, gehören gerade mit Blick auf die deutschen, stark institutionell geprägten Bedingungen zu den besonders anregenden Passagen der Studie. Doch problematisch wird es, wenn dabei die Machtpotenziale, die aus der gewerkschaftlichen Verankerung in „starr“ institutionellen Gefügen resultieren, unter die Räder geraten. Dies ist auch deshalb misslich, da die Studie dies bei der Analyse der machtpolitischen Stellung der Gewerkschaften im korporatistischen Wohlfahrt-Kapitalismus vermeidet und die Hervorhebung von institutionellen Positionen als einer wichtigen „Quelle von Arbeitermacht“ (neben der ökonomisch-strukturellen und der organisationspolitischen Macht) ein originelles Element der Krisenanalyse insgesamt darstellt. Wäre es da nicht naheliegend gewesen, gerade der Dialektik

- von Basismobilisierung und institutionellen Transformationsstrategien und ihrem potenziellen Revitalisierungsbeitrag intensiver nachzuspüren?
3. Auch im Hinblick auf bereits existente Ansätze einer neuorientierten Gewerkschaftsforschung bleiben gelegentlich Fragen offen. So wird der „strategie unionism“-Ansatz mit seiner Konzentration auf Fragen der Erneuerung der strukturellen, organisationalen und institutionellen Macht der Lohnabhängigen mit dem Anspruch formuliert, über den „varieties of unionism“-Ansatz hinauszudeuten – freilich ohne zuvor die Potenziale des letzteren auszuschöpfen. Seine spezifische Stärke liegt namentlich in der Hervorhebung des engen Zusammenhangs zwischen den institutionellen Arrangements der unterschiedlichen Kapitalismus-Modelle, den „varieties of capitalism“ (Peter A. Hall/David Soskice), und den diversen Revitalisierungsstrategien der Gewerkschaften, eben den „varieties of unionism“ (Carola Frege/John Kelly). Man muss keineswegs die durchaus kritikwürdigen kapitalismustheoretischen Implikationen des „varieties of capitalism“-Ansatzes teilen, um die Potenziale des „varieties of unionism“-Ansatzes wertzuschätzen. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit den Ursachen dieses „Entsprechungsverhältnisses“ zwischen Kapitalismus-Modell und Revitalisierungsstrategie ließe m.E. noch einiges Interessantes erwarten. Fragestellungen dieser Art wären überdies nicht nur erfolgversprechend anschlussfähig an die einschlägige politikwissenschaftliche Institutionenforschung. Sie könnten zugleich eine wichtige Brücke zwischen einer neuen Gewerkschaftsforschung und den gewerkschaftlichen Bemühungen um die Erneuerung der Basisinstitutionen des traditionellen Wohlfahrtskapitalismus, also etwa des Flächentarifvertrages oder der Sozialversicherungssysteme, schlagen.

Und dennoch: Obwohl – oder vielleicht gerade weil – die unterbreiteten Analysen und Thesen umgehend Bestätigungen und kritische Einwände anregen, gehört die Studie zu dem Anregendsten in Sachen Gewerkschaftsforschung, was gegenwärtig in deutscher Sprache vorliegt. Es ist schwer zu übersehen, welches Potenzial an produktiven Fragestellungen für Forschung und Politik sie gerade für die verengt geführte deutsche Gewerkschaftsdebatte enthält. Selbst dort, wo die Grenzen der Übertragbarkeit internationaler Erfahrungen auf die deutschen Bedingungen mitunter unterbelichtet bleiben, kommt für die hiesige Debatte Weiterführendes zur Sprache. Dies gilt etwa für Ausführungen zu einer Studie französischer Wissenschaftler (Stephane Beaud/Michel Pialoux) über den Niedergang gewerkschaftlicher Macht in einem großen Peugeot-Werk. Auf der einen Seite springt ins Auge, dass die Besonderheiten des deutschen Arbeitsbeziehungen-Modells, etwa die Dualität von innerbetrieblicher und außerbetrieblich-

gewerkschaftlicher Interessenvertretung, einen eigenen institutionellen Kontext generieren, der die Übertragbarkeit der französischen Erfahrungen fragwürdig und die Grenzen der so beliebten „Policy-Learning“-Strategien deutlich macht. Doch zugleich öffnet die Fokussierung auf die Besonderheiten im Beziehungsgeflecht zwischen gewerkschaftlichen Aktivisten bzw. Repräsentanten und der gewerkschaftlichen Basis den wissenschaftlichen und gewerkschaftspolitischen Blick. So kommen organisationspolitische Probleme ins Blickfeld, die aus dem Konflikt zwischen neuen Mitgliedererwartungen infolge arbeitspolitischer und kultureller Veränderungen und den organisationspolitischen Routinen resultieren. Auch wenn die These von der „Krise der gewerkschaftlichen Repräsentation“ unter französischen Verhältnissen Eigenes zum Ausdruck bringt, so dürfte sie sich durchaus mit Erkenntnisgewinnen auch in die deutsche Debatte einführen lassen.

Auch mit Blick auf die gewerkschaftspolitische Debatte – inner- wie außerhalb der Gewerkschaften – hält die Studie sehr interessante Aspekte bereit. Solche finden sich etwa in der abschließenden Skizze eines sozialwissenschaftlichen Forschungsprogramms zum Thema. Die zu intensivierende wissenschaftliche Beschäftigung mit innovativen Praktiken gewerkschaftlicher Revitalisierung, so schlussfolgern die AutorInnen, sollte unter dem Label „International Labor Studies“ gebündelt werden, durch entsprechende Qualitätsstandards Satisfaktionsfähigkeit in der einschlägigen Wissenschaft anvisieren und zugleich gewerkschaftlichen oder gewerkschaftsnahen Einrichtungen und Stiftungen als Forschungsfeld offeriert werden.

Unterlegt wird dies mit spannenden – in der deutschen Debatte seit langer Zeit nicht mehr vernehmbaren – Überlegungen zum Selbstverständnis einer wieder stärker auf soziale Praxis orientierten Sozialwissenschaft. Vorgeschlagen wird

„ein wechselseitiger produktiver Austausch zwischen kritischen Sozialwissenschaftlern und reflektierten Praktikern – ein Austausch, der die Autonomie und Eigenständigkeit der sozialen Felder, auf denen beide agieren, nicht infrage stellen dürfte, der aber auch wechselseitige Lernprozesse in Gang setzen müsste, die für einen solchen Forschungsansatz unabdingbar wären.“

Denn, so wird in Anlehnung an Luc Boltanski und Éve Chiapello („Der neue Geist des Kapitalismus“) argumentiert: Eine sich erneuernde wissenschaftliche Sozialkritik ist auf gesellschaftlich relevante Gewerkschaften als Träger alternativer Deutungen der gesellschaftlichen Umbruchprozesse ebenso angewiesen, wie die gewerkschaftlichen Organisationen ihrerseits eines intellektuellen, auf empirische Forschung gestützten Bezugssystems bedürfen, das ihnen notwendige Reflektions- und Resonanzräume öffnet.

Ob im Sinne einer „Aktionsforschung neuen Typs“ oder im Rahmen eines wissenschaftspolitischen Selbstverständnisses im Sinne „verstehender Anteilnahme“ – das hier angedeutete Wissenschaftsverständnis verleiht nicht nur den engagierten Vorschlägen für eine Etablierung und institutionelle Verankerung eines internationalen Forschungszweiges „International Labor Studies“ Glaubwürdigkeit und Substanz. Es formuliert damit zugleich durchaus anspruchsvolle Anforderungen an die Gewerkschaften. Denn zweifelsohne setzt es in den nicht immer beratungsbegierigen Organisationen der abhängigen Arbeit die Bereitschaft voraus, sich dieser Debatte über ein neues Theorie-Praxis-Verhältnis zu öffnen – und dann auch kritische Impulse aus dieser Debatte nicht als unbotmäßige Einmischungen in die eigenen Angelegenheiten zurückzuweisen. Dass die Hans-Böckler-Stiftung die Studie finanziell und durch die Unterstützung eines begleitenden Diskussionsprozesses fördert, kann als ein ermutigendes Signal in diesem Sinne gewertet werden. Ihr sei an dieser Stelle für das bisherige Engagement gedankt, verbunden mit der Ermutigung, diesen gewerkschaftspolitisch wie wissenschaftlich vielversprechenden Prozess weiterhin nach Kräften zu unterstützen.

Insgesamt hat die Studie das Potenzial zu einem Meilenstein auf dem Weg zu einer neu ausgerichteten wissenschaftlichen Beschäftigung mit Gewerkschaften. Die anregenden Analysen wie die aufgezeigten Forschungsperspektiven drängen zu einer Intensivierung der Forschungen über die gegenwärtigen Konzepte und Praktiken der Gewerkschaften. Auch aus einer gewerkschaftspolitischen Perspektive spricht alles für einen Ausbau einer neu ausgerichteten Gewerkschaftsforschung. Denn letztlich sollten sich die Gewerkschaften nicht scheuen, ihre Bemühungen um eine Erneuerung ihrer Verhandlungs- und Organisationsmacht in der Perspektive einer nachhaltigen Revitalisierung in einer außergewerkschaftlichen Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen. Eine, diese Debatte aufgreifende „strategic unionism“-Forschung könnte ihrerseits wichtige Inputs bereitstellen. Und sie könnte als ein Raum der diskursiven Kooperation zwischen wissenschaftsinteressierten GewerkschafterInnen und praxisorientierten WissenschaftlerInnen wirken, als Raum einer Debatte, die die unterschiedlichen Spielregeln wissenschaftlicher Erkenntnis- und gewerkschaftlicher Politikproduktion respektiert. Die Studie hat einen Aufschlag gemacht, weitere Anstrengungen sollten folgen. Beide Seiten, Wissenschaft wie Gewerkschaften, könnten davon ihren Nutzen haben.